

Regierender Bürgermeister und Christdemokrat im geteilten und geeinten Berlin

Interview mit Eberhard Diepgen zum 80. Geburtstag

Sie haben als Berliner in den ersten fünf Jahrzehnten Ihres Lebens diese besondere Stadt geteilt erlebt und wie viele andere Bürger dieser Stadt damit den Kalten Krieg sozusagen buchstäblich am eigenen Leib erfahren. Wie stark prägt das ein solches Leben? Wie empfindet man als Jugendlicher und dann als junger Erwachsener eine solche Situation? Wie sehr hat das Ihre Haltungen und Charaktereigenschaften mitgeprägt?

Eberhard Diepgen: Meine ersten Erinnerungen an die politische Situation in meiner Heimatstadt waren Blockade und Luftbrücke, der Volksaufstand in der – so war damals noch der weithin akzeptierte Sprachgebrauch – sowjetisch besetzten Zone und dann mit wachsendem politischen Verständnis der von den Sowjets niedergeschlagene Aufstand in Ungarn 1956. Es folgten das Chruschtschow-Ultimatum und der Bau der Mauer. Immer war es verbunden mit dem Gefühl einer aktuellen Bedrohung der eigenen Lebenssituation und auch der Erkenntnis, dass der Kalte Krieg außerhalb von Europa von blutigen Stellvertreterkriegen begleitet wurde. Wir wohnten unmittelbar an der Sektorengrenze. Beim Hin- und Herüber – das gehörte vor dem Bau der Mauer zu den fast normalen Lebensabläufen – erlebte man bei einem Mindestmaß an Sensibilität ganz unterschiedliche politische Atmosphären und Spannungen. Vorsicht war im Osten die Mutter der Porzellankiste.

Prägte Sie das in der späteren politischen Arbeit?

Eberhard Diepgen: Ob das meinen Charakter geprägt hat? Da bin ich unsicher. Von den politischen Erfahrungen würde ich da den größeren Einfluss durch das soziale

Umfeld im damals noch klassischen Arbeiterbezirk Wedding sehen. Ich habe Zeitungen in einem – so würde man heute die Gegend beschreiben – sozialen Brennpunkt ausgetragen und oft nur nach mehreren Anläufen kassieren können. Die Leute konnten die geringen Beträge nicht aufbringen. Deswegen wurde ich später Mitglied der CDA. Aber alles gehört mit allem zusammen. Auf die damals schon gelernten Gesetzmäßigkeiten des Kalten Krieges verweise ich auch heute noch, wenn es um aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik geht. Auch auf Stabilität durch militärische Abschreckung. Es müssen klare Grenzen aufgezeigt und gleichzeitig der Interessen- und Einflussbereich der anderen Seite berücksichtigt werden. Beim Volksaufstand in Ungarn saß ich vor dem Radio, hörte die Hilferufe aus Budapest und erwartete selbstverständlich, dass der Westen als Garant der Freiheit den Menschen zu Hilfe kommen würde. Dann lernte ich vom amerikanischen Außenminister Dulles, dass Stabilität und damit Frieden in Europa mit einer Abgrenzung und Anerkennung der Einflussphären, also einem Status quo verbunden sind. Davon lebte auch Berlin, auch wenn Kennedy beim Bau der Mauer mit einer Begrenzung seiner Garantien auf Berlin-West einen Status quo minus in der Viersektorenstadt zuließ.



Eberhard Diepgen, Bundeskanzler Helmut Kohl und der amerikanische Präsident Ronald Reagan besichtigen am 12. Juni 1987 die Berliner Mauer.

Zur Teilungserfahrung gehört auch das Erleben des besonderen Status, den diese Stadt hatte, die ja im Grunde nicht nur eine geteilte, sondern auch eine besetzte Stadt war, eine Stadt, die in ihrem Westteil angewiesen war auf den Schutz der britischen, französischen und amerikanischen Alliierten. Wie haben Sie als junger Mann das Agieren der West-Alliierten in Berlin wahrgenommen?

Eberhard Diepgen: Sie fragen freundlicherweise nach meinen Wahrnehmungen als junger Mann. Also zu den Zeiten, als ich noch nicht mit allen Feinheiten und Widersprüchen des Viermächtestatus vertraut war und sie im Amt des Regierenden Bürgermeisters stets im Hinterkopf haben musste. Das waren Regelungen unmittelbar aus

der Nachkriegszeit. Luftkorridore auf der Grundlage der Technik des Jahres 1945, die Androhung der Todesstrafe für den Besitz von historischen Waffen, Beschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit. Ich habe eben meine Kritik an der Politik Kennedys 1961 anklingen lassen. Aber auch er hat völkerrechtlich am Viermächtestatus von ganz Berlin festgehalten. Bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung 1990 war das erneut von erheblicher Bedeutung. Die Rolle der westlichen Alliierten als Besatzungsmächte spielten für den jugendlichen Eberhard Diepgen nach meiner Erinnerung keine oder höchstens eine ganz geringe Rolle. Es waren die Schutzmächte gegen kommunistische Machtansprüche. Vor diesem Hintergrund wurden auch die von den Alliierten maßgeblich bestimmten besonderen Beziehungen zwischen dem Land Berlin und der Bundesrepublik Deutschland von mir zur Kenntnis genommen. *Not to be governed by the federation*. Deutlich wurde mir allerdings nach dem Bau der Mauer als Mitglied der Freiwilligen Polizeireserve – sie wurde als Hilfstruppe für den Fall von kommunistischen Übergriffen gegründet – der bestimmende Einfluss der Besatzungsmächte auf Polizeiorganisation und -ausbildung. Zu beharrlichen und auch kontroversen Diskussionen mit den Alliierten zur Frage, ob die Viermächterregeln aus dem Jahre 1945 wirklich zur Sicherung West-Berlins noch notwendig seien, kam es erst später. Als Regierender Bürgermeister habe ich mich zum Missfallen einiger um den Status Berlins besorgter Chefredakteure meinungsbildender Zeitungen der Stadt daran beteiligt.

Wir sprachen eben über die Amerikaner. Ende der 1960er Jahre war Berlin das Zentrum der sogenannten 68er-Bewegung, die einen profunden Antiamerikanismus propagiert hat. Sie selbst haben schon einige Jahre zuvor nach der Wahl zum AStA-Vorsitzenden der Freien Universität in Berlin ganz eigene Erfahrung mit dem Linksruck in der Studentenschaft gemacht. Wie haben Sie diese besondere Zeit erlebt? Was hat das für Spuren bei Ihnen hinterlassen? Hatten Sie irgendwie auch Verständnis für die andere Seite?

Eberhard Diepgen: Proteste gegen den Krieg der USA in Vietnam gab es in den 60er Jahren fast überall. Links war daran eigentlich nur, dass die Linke die schrecklichen Bilder von amerikanischen Luftangriffen zur Mobilisierung im Kampf gegen das herrschende angeblich undemokratische System in Berlin und der gesamten Bundesrepublik nutzte. Ich gehörte zu den Berlinern, die kein Verständnis für die aggressiven und stark emotionalen Demonstrationen gegen die wichtigste Schutzmacht Berlins gegen kommunistische Machtübernahmegelüste hatten. Ich gestehe aber, im Rückblick verstehe ich kaum noch, dass ich noch 1973 als Teilnehmer an den kommunistischen Weltjugendspielen in Ostberlin den Vietnamkrieg der USA verteidigt habe. Es war wohl ausschließlich den besonderen Berliner Ängsten geschuldet.

Sie sind also ein später Kritiker des Vietnamkrieges. Veränderte sich auch Ihre Position zu den 68ern?

Eberhard Diepgen: Nein. 1963 bin ich wegen meiner Mitgliedschaft zu einer studentischen Verbindung nach der Wahl zum AStA-Vorsitzenden der FU noch vor meinem Amtsantritt nach einer Kampagne von meist linken Hochschullehrern und Studenten abgewählt worden. Das war – so mein Rückblick – der Beginn meiner politischen Laufbahn. Der Protest gegen die Abwahl führte mich in Ämter des nationalen Studentenverbandes. Wir kämpften alle – das war wahrlich nicht nur politisch links angehaucht – gegen den Muff unter den Talaren. Es war die Zeit der studentisch geführten Aktion Bildungswerbung. Ich war damals im Verband Deutscher Studentenschaften für die Hochschul- und Sozialpolitik zuständig. Der freie und selbstverantwortliche Student

und der Grundgedanke der Subsidiarität, Nell-Breuning und die katholische Soziallehre, waren die Leitmarken. Wir fanden aber nur sehr begrenzt Gehör. Links wurde immer stärker, sie wollten nicht Reformen, sondern Revolution. Heute propagieren altgewordene 68er das Jahr 1968 als den Aufbruch zu wahrer Demokratie in Deutschland. Die Wirklichkeit bestand aus Licht und Schatten. Darüber wurden ja auch schon genug Bücher geschrieben. Ich verbinde mit 1968 eine Erfahrung, die ich später immer zu beachten versuchte. Die Politik war den Reformern in der Studentenschaft nicht in der notwendigen Form entgegengekommen. Als die Universitäten aber besetzt und auf den Straßen randaliert wurde, haben Kulturpolitiker die weiße Flagge gehisst. Eine Vielzahl unausgegorener und wissenschaftsfeindlicher Forderungen wurden erfüllt. Ich will das gar nicht alles auflisten. Im Ergebnis aber hat die Qualität von Forschung und Lehre an vielen Hochschulen über viele Jahre gelitten. Bis dann Hochschulpolitiker den Mut zu Korrekturen der Fehlentwicklungen aufbrachten. In ihrer Ratlosigkeit hat damals die CDU die sogenannten „Anderen 68er“, die nicht revolutionären unter den langjährigen Studentenvertretern, zur Mitarbeit eingeladen. Damit begann auch meine Karriere in der Berliner CDU.



Eberhard Diepgen mit Bundesverteidigungsminister Volker Rühe und Bundespräsident Roman Herzog am 31. Mai 1996 vor dem Schloss Charlottenburg beim ersten feierlichen Gelöbnis von Bundeswehrsoldaten in Berlin.

Schon ein paar Jahre zuvor hatten Sie ja bewusst den anderen Weg eingeschlagen: Anfang der 1960er Jahre sind Sie in die CDU eingetreten und haben später hohe Ämter etwa als Mitglied im CDU-Bundesvorstand sowie fast 20 Jahre als Landesvorsitzender der Berliner CDU wahrgenommen. Welches waren damals ihre Beweggründe für den Eintritt und welche Rolle haben Vorbilder, haben Personen dabei gespielt? Was hat Sie inhaltlich und wer hat Sie in der CDU damals so beeindruckt, dass es diese Partei sein musste?

Eberhard Diepgen: Meine Antwort wird Sie hoffentlich nicht zu sehr enttäuschen. Natürlich empfand ich, sozial engagiert und gleichzeitig konservativ im Sinne von Fortschritt mit Augenmaß, eine gewisse Sympathie für die CDU. Aber noch in meiner ersten Bewerbung für das Studentenparlament stand klar und deutlich „...lehnt jede partei-

politische Bindung ab“. Der Protest gegen das politische Klima an der FU führte mich in die Partei, die damals so gar nicht einer weit verbreiteten Stimmungslage in der jungen Generation entsprach. Es war das Klima der Intoleranz. Im Audi Max wurde jeder niedergebrüllt, der auch nur im Verdacht stand, die Bundesrepublik nicht als Hort des Faschismus und Kapitalismus zu sehen. Damals hielt ich die ideologischen, manchmal auch sehr idealistischen Diskussionen in vielen studentischen Diskussionszirkeln für – einfach ausgedrückt – Spinnereien, die ausgeklügelten Demonstrationsstrategien und die demagogischen Fähigkeiten von Rudi Dutschke für bemerkenswert und gefährlich. Kürzlich fiel mir ein Buch von Gretchen Dutschke in die Hände. Sie beschreibt die damaligen Diskussionen zwischen den verschiedenen studentischen Gruppen. Mich hat das alles in den damaligen Positionen bestärkt.

Helmut Kohl war zu der Zeit, zu der Sie in das Berliner Abgeordnetenhaus eingezogen sind, bereits eine wichtige, ja bald die dominierende Figur der gesamten CDU, und er galt als Modernisierer, als Hoffnung der Jungen in der CDU, zu denen Sie auch gehört haben. Wie war Ihr Verhältnis zu ihm und wie haben Sie sein Verhältnis zu Berlin empfunden?

Eberhard Diepgen: Ja, Helmut Kohl und seine Mannschaft mit Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm und Heiner Geißler waren die Hoffnung der Jungen in der CDU. Das katholische Landmädchen in Rheinland-Pfalz war in der studentischen Bildungswerbungskampagne der Inbegriff von Benachteiligung und Reformbedarf. Mit seinem Amtsantritt als Ministerpräsident und dem Kabinett mit Bernhard Vogel und auch Hanna Laurin hat er damit schnell aufgeräumt. Als CDU-Chef hat er die Gesamtpartei modernisiert und – anders als beim heutigen Modernisierungsgerede – ein klares Profil gegeben. Mein Verhältnis zu ihm war gut, fast freundschaftlich. Auch wenn ich nicht zum engeren Kreis gehörte. Berlin hat er vor dem Mauerfall stärker unterstützt als danach. Nach 1990 gab es immer – zurückhaltend formuliert – Diskussionsbedarf um den Umzug der Regierung nach Berlin und die Finanzierung der enormen Lasten der Vereinigung der Stadt. Kohl stand immer unter dem Druck der rheinischen CDU, aus der ja 1990 sogar die Drohkulisse einer neuen Zentrumsparterie aufflackerte. Aber auch im wiedervereinigten Berlin hat Kohl seine Spuren hinterlassen. Das Deutsche Historische Museum in Berlin hätte es ohne ihn nicht gegeben. Immer hat er sich in Architekturfragen gegen die konventionellen Entwürfe entschieden. Beim Pei Bau des Historischen Museums, dem Kanzleramt, der Bundesgeschäftsstelle. Und ohne sein klares Votum würden wir wahrscheinlich – das Denkmal für die Deutsche Einheit lässt grüßen – auch heute noch über die historisch richtige Gestaltung der Neuen Wache streiten. Mit ihm im Rücken konnte ich Berliner Widerstände, die es natürlich schon aus Prinzip gegen Alleingänge des Kanzlers gab, immer austrudeln lassen.

Als Stadtpolitiker und dann als Regierender in Ihrer ersten Amtszeit mussten Sie ja ganz zwangsläufig auch in Kontakt mit der DDR-Führung und der Ost-Berliner Stadtspitze stehen. Wie schwer sind Ihnen solche Kontakte ganz persönlich gefallen? Wie nah sind Sie dabei auch an Ihre persönliche Schmerzgrenze gestoßen?

Eberhard Diepgen: In der Berlinpolitik wurde die Realität durch eine Fülle völkerrechtlich notwendiger Fiktionen und rechtlicher Hilfskonstruktionen überlagert. Nach den ehernen Grundsätzen des Status der Stadt waren beispielsweise Kontakte des Regierenden Bürgermeisters mit der ostberliner Stadtspitze tabu. Ich traf auch nie den

Staatsratsvorsitzenden der DDR, sondern immer den Generalsekretär der SED und Mitglieder oder Mitarbeiter des Politbüros. Ersparen Sie mir den Versuch, das 30 Jahre nach der Wiedervereinigung außerhalb eines völkerrechtlichen Seminars im Einzelnen zu begründen. Nur so viel: Wie der Teufel das Weihwasser musste eine Unterstützung der sowjetischen und ostberliner These von dem dritten deutschen Staat Westberlin – in einem Wort geschrieben – vermieden werden. Die persönlichen Kontakte mit Vertretern der SED sind mir nicht schwergefallen. Zur Verbesserung der Situation zwischen den beiden Staaten in Deutschland – politisch korrekt durfte es nicht heißen „zwischen beiden deutschen Staaten“ – und insbesondere rund um Berlin waren sie notwendig und auch hilfreich. Dazu kam, dass Ministerpräsidenten der Bundesländer ohne Rücksicht auf Berliner Probleme sich in Ostberlin zu pressewirksamen Terminen mit Honecker einfanden. Es war die Zeit, in der nicht nur Vertreter der SPD die Forderung nach Wiedervereinigung aus der Präambel des Grundgesetzes streichen wollten, und Reagan wegen seiner Forderung *tear down this wall* als Kalter Krieger beschimpft wurde. Nein, ich habe mich auf Gespräche mit Honecker auch mit der Frage vorbereitet, wo man ihn vor dem Hintergrund seiner Lebensgeschichte menschlich packen könnte.

Konnte Honecker wirklich so zu Entscheidungen motiviert werden?

Eberhard Dieppen: Nach meinem Eindruck ja. Beispielsweise, als es um eine so simple Frage wie die Zustimmung zu einem behindertengerechten Aufzug am Bahnhof Zoo ging. Ohne Zustimmung der DDR ging das damals nicht, und Honecker verband mit dem Bahnhof besondere Erinnerungen. Das erleichterte das Gespräch. Schwer tat ich mich jedes Mal mit der Frage, wie kontrovers sollte oder musste ich das Gespräch führen. Also zur innenpolitischen Situation in der DDR, zum Umgang mit der Bürgerrechtsbewegung? Aber es ging ja nicht um ein gutes Einvernehmen mit mir selbst, nicht um eine Selbstdarstellung für die Diskussion im heimatlichen West-Berlin. Es ging darum, dass Honecker seinen Spielraum nutzte. So gab es auch Vereinbarungen, die über das hinausgingen, was vorbereitet und im sogenannten Spitzengespräch noch abzusegnen war. Ich habe mich daher in der Regel – nicht immer – zurückgehalten, die üblichen langen Einführungsreden von Honecker zur Friedenspolitik der DDR unkommentiert gelassen, und bei der Verabschiedung stets eine Liste von Ausreisearträgen übergeben, natürlich mit der Bitte um freundliche Genehmigung. Nach meiner Erfahrung helfen öffentliche Demonstrationen politischen Gefangenen in konkreten Fällen sehr selten, erfolgreicher ist stille Diplomatie. Ich würde das auch heute im Umgang mit Despoten beachten.

Sie haben Berlin zwischen 1984 und 1989 sowie zwischen 1991 und 2001 regiert, unter sehr verschiedenen Bedingungen: Erst die Insel West-Berlin in der letzten Phase des Kalten Krieges, dann in den 1990er Jahren die mit der Herausforderung des Zusammenwachsens und der besonderen Dynamik sowie intensiven Bautätigkeit verbundene Leitung der Geschicke in der Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands. Wie unterschiedlich haben Sie selbst diese beiden Amtszeiten empfunden?

Eberhard Dieppen: In den 80er Jahren ging es darum, die eigene Kraft Berlins auszubauen und zu betonen, deutlich zu machen, dass die Lage inmitten der DDR die Entwicklung der Stadt nur vor besondere Herausforderungen stellt, sie aber nicht hemmen muss. Alles ist möglich, das war die Devise. Der Beginn der *Tour de France* in der eingemauerten Stadt anlässlich der 750-Jahr-Feier sollte das aller Welt zeigen.

Die Verbindungen Berlins nach Westen wurden ausgebaut, Strom und Gasleitungen aus dem Westen zur Versorgung der Stadt wurden gebaut, verabredet meist unter der Federführung von Wolfgang Schäuble im Bonner Kanzleramt mit der DDR. Es ging übrigens um Gas aus Russland, das auf dem Umweg über Niedersachsen nach Berlin geleitet werden sollte. Ich redete gerne davon, dass aus der Insel immer mehr eine Halbinsel wird.



Eberhard Diepgen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Heinz Dürr, und Bundeskanzler Helmut Kohl beim ersten Spatenstich für den Bau des Tiergartentunnels am 13. Oktober 1995 vor dem Reichstagsgebäude.

Ohne die Zustimmung der Alliierten lief da aber nichts. Die Oberste Gewalt wurde mit einem monatlichen Rapport des Regierenden bei den Stadtkommandanten symbolisiert. Tatsächlich mischten sich die Alliierten in die Berliner Politik aber nur ein, wenn es um sicherheitsrelevante Fragen – dazu gehörte auch die Größe des Erdspeichers für das Gas aus Russland – ging. Bei den Verhandlungen mit der DDR wollten sie in der Regel nur noch rechtzeitig unterrichtet werden und ihre rechtliche Position gewahrt sehen. Es gab Abhängigkeiten. Ja, aber auch sehr viel praktische Zusammenarbeit und Unterstützung beispielsweise bei internationalen Wirtschaftskontakten.

Nach der Wiedervereinigung hatte Berlin zwar Stimmrecht im Bundesrat und die Berliner MdBs wurden nicht mehr vom Abgeordnetenhaus gewählt und hatten gleiche Rechte und Pflichten wie die Kollegen aus den anderen Bundesländern, als Regierender musste ich nicht mehr den Stadtkommandanten berichten, in der politischen Praxis empfand ich aber viel stärkere und leider auch belastende Abhängigkeiten von Verhaltensweisen im Bund. Anfang der 90er Jahre wurde Berlin mit Verzögerungen bei Entscheidungen zum Hauptstadumzug geradezu erpresst. Die Stadt wurde in eine wachsende Verschuldung gedrängt. Bestimmend für diese Zeit aber war die Fülle der Arbeit am Zusammenwachsen der lange Jahre geteilten Stadt. Die Stadt war nicht nur größer. Sie war für mich auch nicht mehr ganz so übersichtlich, sie war noch vielfältiger und politisch und sozial stärker gespalten. Es ging nicht um Konsolidierung wie in den 80er Jahren im Westteil der Stadt, es ging jetzt um notwendige Instandsetzung und mit einer „Sinfonie der Kräne“ um Neues. Alles musste sorgfältig austariert werden. Es galt dabei,

soziale Eruptionen zu vermeiden. Ostberlin war auch der Konzentrationspunkt der Eliten der DDR, die sich jetzt als Verlierer der Deutschen Einheit sahen. West-Berlin blieb über viele Jahre von Sorge und Misstrauen gegenüber diesen Eliten geprägt. Aufbau Ost vor Ausbau West musste auch vom Westteil der Stadt akzeptiert werden.

Welche Geschehnisse und Entscheidungen aus Ihren beiden Amtszeiten sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben? Auch besonders schmerzlich? Und auf welche Errungenschaft in Ihrer Regierungszeit sind Sie persönlich ganz besonders stolz?

Eberhard Diepgen: Da könnte ich eine lange Liste aufstellen. Die Rede von Ronald Reagan am Brandenburger Tor gehört dazu, ebenso der Abzug der russischen Truppen aus Deutschland, die mit dem Lied „Deutschland wir reichen Dir die Hand und kehren zurück ins Vaterland“ im Stechschritt das sowjetische Ehrenmal in Treptow verließen. Die Bundeswehr rückte nach. Erst damit war für mich der Zweite Weltkrieg zu Ende. Deutlich in Erinnerung werden mir Debatte und Entscheidung des Bundestages zum künftigen Sitz der Bundesregierung im Juni 1991 bleiben. Wir Berliner mussten mit einer Entscheidung für Bonn rechnen und hatten es zur Überraschung der Bonn-Befürworter doch noch knapp geschafft. Da ging es noch um die Regierung als Ganzes. Erst danach wurde daraus ein Regierungssitz in Berlin und Bonn. Bevor wenigstens das in Bonn akzeptiert wurde, musste übrigens Anfang 1994 erst der Rhein die für ein neues Bundestagsgebäude geplante Baustelle überfluten. Aber damit sind wir schon bei Ihrer Frage nach schmerzlichen Erinnerungen, die ich aber nicht näher beantworten möchte. Das würde alte Frustrationen aufwühlen.

Und worauf sind Sie besonders stolz?

Eberhard Diepgen: Stolz bin ich darauf, dass in der schwierigen Berliner Gemengelage die Vereinigung der Stadt ohne große soziale Eruptionen gelungen ist und wir Vorreiter bei der Angleichung der Lebensverhältnisse waren. Ich bin sogar stolz darauf, dass ich bei der Angleichung der Löhne den Rauswurf aus der Tarifgemeinschaft des Bundes und der Länder in Kauf genommen und mich damit in Berlin auch durchgesetzt habe. Das entsprach eben meinem Verständnis von Vernunft und Gerechtigkeit. Und zufrieden bin ich auch, dass es uns gegen viele Widerstände gelungen ist, einen wichtigen Teil aus dem Gegeneinander der beiden Stadthälften zu erhalten. Das ist das große kulturelle Angebot, das im Wettbewerb der Systeme entstanden ist. Wir haben die Forderungen aus Bund und Ländern nach Schließung von Berliner Opernhäusern nicht erfüllt und auch keine der Universitäten aus finanziellen Gründen geschlossen. Eine wachsende Verschuldung mussten wir in Kauf nehmen. Heute sind alle stolz auf die europäische Kulturmetropole.



Eberhard Diepgen mit dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten George H. W. Bush am 25. September 1994 vor dem Brandenburger Tor.

Sie selbst sind jetzt auch Gegenstand geschichtlicher Betrachtung. Nun gibt es je nach politischer Richtung ganz unterschiedliche Interpretationen der Berliner Stadtgeschichte in den letzten sieben Jahrzehnten. Was ärgert Sie besonders, wenn es um die Zeit der Teilung, um die Toten an der Mauer, aber auch um die Zeit der Wiedervereinigung geht?

Eberhard Diepgen: Ich als Gegenstand geschichtlicher Betrachtung. Darüber muss ich noch ein wenig meditieren. Nur vorab zu Ihrer Frage. Beim Blick von Journalisten und leider auch von vielen Zeithistorikern auf die Zeitgeschichte stehen allzu oft die Aufgeregtheiten und Überschriften des Tages im Vordergrund. Es sind oft Dinge, die für die Entwicklung der Stadt oder auch des Landes in Wirklichkeit überhaupt keine Bedeutung hatten. Wie viele angeblich ernste Koalitionskrisen, immer aufgeregt öffentlich kommentiert, habe ich erlebt. Schon nach wenigen Monaten fragte ich mich oft „was war da eigentlich?“. In heutigen Berichten über den Weg zur Wiedervereinigung ärgert mich die These, man hätte sich mehr Zeit lassen und Entwicklungen in der DDR und die Idee der Bürgerrechtsbewegungen stärker in das wiedervereinigte Deutschland integrieren müssen. Zweifelsohne ist da zu viel über einen Leisten geschlagen worden. Ich wollte immer mehr Respekt vor Lebensleistungen und Examen in der DDR. Aber erst eine neue Verfassung erarbeiten? Das Votum bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR im März 1990 war eindeutig. Aber vor allem: Es gab nur ein enges Zeitfenster. Das sowjetische Militär stand in Ostdeutschland. Ich habe in dem Rückzug Russlands aus der Mitte Europas angesichts der Geschichte dieses Landes immer einen besonderen Glücksfall gesehen. Das war ein Paradigmenwechsel in dem über Jahrhunderte maßgeblichen Drang in die Mitte Europas. Egal ob *ius russica* oder *ius sowjetica*. Mit einem Putsch gegen Gorbatschow musste man doch rechnen. Und allen, die einer neuen Verfassung noch heute nachtrauern, empfehle ich einen Blick

auf die Entwicklungen in Berlin. Im Wiedervereinigungsprozess der Stadt wurde zwischen der Stadtverordnetenversammlung Ostberlins und dem Abgeordnetenhaus die Ausarbeitung einer neuen Landesverfassung verabredet. In einer Volksabstimmung wurde sie 1995 verabschiedet. Ich habe großen Zweifel, ob damit der Zusammenhalt in der Stadt zusätzlich gefördert wurde.

Wenn wir schon bei Interpretationen sind. Berlin und der Rest der Republik, das ist ja immer eine besondere Beziehung gewesen. Wie empfindet ein früherer Regierender Bürgermeister insbesondere den Blick der Bürgerinnen und Bürger aus der alten Bundesrepublik auf diese besondere Stadt? Geschichtlich wie gegenwärtig.

Eberhard Diepgen: Deutschland und seine Hauptstadt Berlin, das war ein langer Weg von 1871 bis heute. Immer Grummeln im Westen über die Stadt weit im Osten und angeblich weitab von den entscheidenden Orten deutscher Kulturgeschichte. Da wurden selbst Weimar und die Wartburg schnell mal übersehen. Ich bin unsicher, ob heute nur der Regierungssitz oder auch Berlin als Hauptstadt akzeptiert wird. Die alte Bundesrepublik war sich lange selbst genug und wir hatten Glück, dass die ostdeutsche Revolution die Wiedervereinigung noch zu einer Zeit ermöglichte, als die Anhänger von zwei deutschen Staaten noch nicht in der Mehrheit waren. In der Diskussion über den Sitz von Regierung und Parlament wurde Berlin zur „Hauptstadt der Bewegung“ gemacht, und die schlichten Hinweise, dass Berlin mit Blockade und Luftbrücke einen entscheidenden Anteil am Weg Deutschlands von Kriegsgegnern zu Verbündeten in der westlichen Völkergemeinschaft hatte, wurden am liebsten überhört. Ich lästere gerne – historisch nicht ganz korrekt – über die „Rheinbundmentalität“. Aber – ich hoffe, darin täusche ich mich nicht – das wird von Jahr zu Jahr besser. Die Mobilität der nachwachsenden Generation trägt dazu bei, es gibt die vielen Berliner mit schwäbischem und rheinischem „Migrationshintergrund“. Der Spott über Flughafen, Verwaltungs- und Wahlchaos wird den Trend nicht ändern.

Wo hat die Stadt aus der Geschichte Lehren gezogen und wo hat sie definitiv noch Lernbedarf?

Eberhard Diepgen: Berlin wurde ein Lernort deutscher Geschichte. Über Reform und eine vernünftige Ausstattung der Verwaltung wollen wir ja hier nicht reden. Aber Berlin muss lernen, dass mit der Rolle als Hauptstadt auch eine Menge Pflichten verbunden sind.



Eberhard Diepgen spaziert am 23. Mai 1996 mit dem südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela und dessen Tochter Zindzi Mandela durch das Brandenburger Tor.

Sie sind ja im Wedding aufgewachsen. Heute ist der Wedding einer der besonders bunten Stadtteile Berlins, in dem viele Kulturen und viele Religionen sichtbar und spürbar sind – mit allen Vorteilen und allen Nachteilen. Auf Ihre eigene Regierungszeit bezogen, aber auch insgesamt: Was ist gut und was ist weniger gut gelaufen bei der Integration von Menschen, die mit einer Zuwanderungsgeschichte in diese Stadt gekommen sind? Welche Rolle spielen diese Bürgerinnen und Bürger Berlins für die Zukunft der Stadt?

Eberhard Diepgen: Ja, die Stadt ist noch bunter und vielfältiger geworden. Wie Sie sagen, mit allen Vor- und Nachteilen. Auf Sicht werden die Vorteile immer mehr überwiegen. Wir dürfen aber aus Sorge vor dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit vorhandene Herausforderungen nicht einfach verschweigen. Gerade dadurch sind einzelne Probleme in Deutschland

eskaliert. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung haben wir in Berlin die Integration von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte aus nichteuropäischen Ländern etwas schleifen lassen. Im Vordergrund stand zunächst das Zusammenwachsen Ost/ West. Die Themen wurden dann aber wieder angepackt. Ich wollte immer eine Durchmischung der Bevölkerung in den Stadtteilen und damit keine zu großen Konzentrationen von beispielsweise arabisch oder türkisch sprechenden Berlinern. Damit wollte ich auch die Probleme in einzelnen Schuleinzugsbereichen eingrenzen, wenn mit einem hohen gruppenspezifischen Schüleranteil eine nichtdeutsche Umgangssprache in den Unterrichtspausen vorherrscht. Das alles klappte aber nicht. Mit der Auflistung der Widerstände könnte ich Bücher füllen. Heute haben wir massive Integrationsprobleme in sozialen Brennpunkten. Deutschsprachige Eltern meiden für ihre Kinder die Schulen mit hohem Ausländeranteil. Aufsteiger aus der Gruppe der Migranten verlassen den angestammten Kiez. Mit guten Worten und großer Ungeduld wird sich das nicht ändern lassen. Heute bestimmen Ausländer und Deutsche mit einem spezifischen Migrationshintergrund das Bild in vielen Berliner Kiezen. Das ist auch Teil einer besonderen Attraktivität. Es gibt ja auch Parallelen zur frühen Entwicklung Berlins. Da gab es die besonderen Kieze der früheren Zuwanderer aus Böhmen, Polen und den Niederlanden. Aus der Geschichte sollten wir die Lehre ziehen, dass Integration oder Assimilation nur über mehrere Generationen möglich ist. Die Zukunft kann man ohne Berliner mit Migrationshintergrund nicht denken. Schon kurzfristig wird es immer mehr Führungs- und Fachkräfte mit Migrationshintergrund geben.

Die Welt begeistert sich zunehmend für Berlin, das international große Beliebtheit genießt. Für die Besucher ist das Glas – bei allen Problemen dieser Stadt – meistens mehr als halbvoll. Viele Berliner tendieren aber dazu, das Glas als weniger als halbvoll zu sehen, weil sie viele Versäumnisse auch der Stadtpolitik nerven. Was macht Sie optimistisch, dass die Stadt ihre Probleme in den Griff bekommt?

Eberhard Diepgen: Ja, die Sorgen des Alltags sind etwas anderes als die vielfältigen Angebote einer lebendigen Stadt. Noch ist Berlin nicht so fürchterlich geschneigelt und gestylt wie andere Städte. Die Lücken ermuntern Zuwanderer aus aller Herren Länder zu besonderer Kreativität. Die Anziehungskraft wird bleiben. Da bin ich optimistisch. Die Stadt wird sich entwickeln, notfalls auch gegen die Stadtpolitik.



Eberhard Diepgen mit CDU-Generalsekretärin Angela Merkel am 23. Januar 1999 vor Beginn des Landesparteitages der CDU in Berlin.

Sie sind ja nun schon eine Weile nicht mehr Regierender Bürgermeister und dürfen uns deshalb ein Geheimnis verraten. Hat so ein Regierender, der die ganze Stadt in sein Herz schließen muss, eigentlich einen Lieblingskiez?

Eberhard Diepgen: Bei der Vielfalt der Stadt und der Kieze kann es nicht nur einen Lieblingskiez geben. Das wäre langweilig.

Das Interview führte Dr. Michael Borchard.

*Nähere Informationen zu Eberhard Diepgen erhalten Sie auch im Portal „Geschichte der CDU“ der Konrad-Adenauer-Stiftung:
Konrad-Adenauer-Stiftung – Geschichte der CDU – Eberhard Diepgen (kas.de)*

Impressum

Ansprechpartner

Dr. Michael Borchard

Leiter Wissenschaftliche Dienste/

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

michael.borchard@kas.de

Redaktion

Dr. Philip Rosin

philip.rosin@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Titelfoto: © ullstein bild/United Archives

Eberhard Diepgen beim Landesparteitag der Berliner CDU am 27. November 1992.

Bildnachweise: S. 2 © picture-alliance/dpa/Roland Holschneider; S. 4 © picture-alliance/dpa/Andreas Altwein; S. 7 © picture-alliance/ZB/ Peer Grimm; S. 9 © picture-alliance/ZB/Bernd Settnik; S. 11 © picture-alliance/Associated Press/Hans Edinger; S. 12 © picture-alliance/dpa/ Bernd Settnik

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-009-3